

Die militärische Eskalation im Nahen Osten belastet die Bilanzen deutscher Unternehmen spürbar. Vor Kriegsbeginn nutzte noch jedes dritte Unternehmen bilanzpolitische Instrumente zum Aufbau stiller Reserven – dieser Anteil hat sich seit März halbiert. Der Rückgang signalisiert, dass verfügbare Bewertungsspielräume zunehmend ausgeschöpft sind, und die schwindenden stillen Reserven verengen unternehmerische Handlungsspielräume strukturell. Dies führt zu starken Anpassungsreaktionen: 68 % der besonders betroffenen Unternehmen planen Preiserhöhungen, 35 % Maßnahmen zur Fixkostensenkung, insbesondere Personalabbau. Dies führt zu einer starken Erwartungshaltung gegenüber der Politik: Die Omnibus-Initiative der EU, die zu einem Bürokratieabbau in Form geringerer Berichts- und Dokumentationspflichten insbesondere im Nachhaltigkeitsbereich führen soll, wird noch stärker begrüßt als zuvor (65 % vs. 57 %). Den stärksten Reformbedarf sehen Unternehmen jedoch in der Steuerpolitik, von der sich fast 70 % der vom Krieg direkt belasteten Unternehmen Erleichterungen erwarten.

### Die aktuelle militärische Eskalation im Nahen Osten hat globale wirtschaftliche Folgen

Seit dem 28. Februar dauert die militärische Auseinandersetzung zwischen den USA, Israel und dem Iran an. Was ursprünglich als begrenzte militärische Aktion angekündigt wurde, entwickelte sich in kurzer Zeit zu einem größeren regionalen Konflikt, in den auch weitere Staaten im Nahen Osten hineingezogen wurden. Spätestens mit der Sperrung der zentralen Schifffahrtsroute in der Straße von Hormus belastet der Konflikt auch die globale Wirtschaft: Energiepreise sind deutlich gestiegen und internationale Lieferketten wurden erheblich gestört. Trotz begonnener Friedensgespräche ist derzeit nicht mit einer unmittelbaren Entspannung der Lage zu rechnen.

### Der Irankrieg belastet die betriebswirtschaftlichen Erwartungen in Deutschland

Vor diesem Hintergrund zeigt **Abbildung 1**, dass der Irankrieg auch die betriebswirtschaftlichen Erwartungen in Deutschland spürbar beeinträchtigt. Nach einer zunächst positiven Entwicklung zu Jahresbeginn haben sich die Erwartungen zuletzt deutlich eingetrübt. Unmittelbar vor Kriegsbeginn lagen Umsätze, Gewinne und Investitionen im Vergleich zum Vorjahr noch auf Wachstumskurs. Seitdem haben sich die Indikatoren jedoch deutlich verschlechtert: Während die Umsatzerwartungen weiterhin positiv bleiben, gehen die Unternehmen im Durchschnitt aktuell von sinkenden Investitionen (-2,0 %) und Gewinnen (-3,1 %) aus.

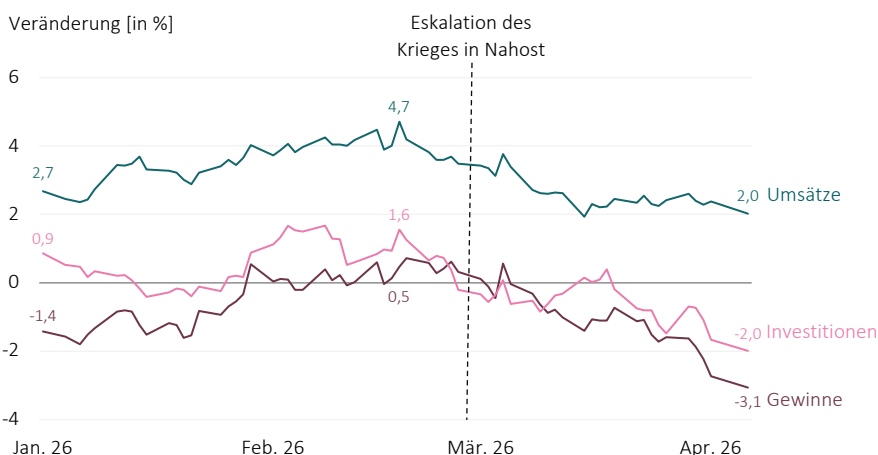


Abbildung 1

### Wie haben sich die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen seit Jahresbeginn entwickelt?

Die Abbildung zeigt die Einschätzung der Unternehmen in Deutschland zur Entwicklung von Umsätzen, Gewinnen und Investitionen im Vergleich zum Vorjahr. Während zu Jahresbeginn noch von einem Aufwärtstrend dieser betriebswirtschaftlichen Indikatoren ausgegangen wurde, haben sich die Erwartungen infolge des Kriegsausbruchs deutlich eingetrübt.



22. April 2026

**Projektleitung:** Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget

**unter Mitarbeit von:** Luca Caprari, Yuhan Liu, Samuel Mäurer, Maik Sattelmair, Pascal Schrader, Thomas Simon & Valentin Stadler  
*Universität Mannheim*

**TRR 266 Accounting for Transparency**  
[www.accounting-for-transparency.de](http://www.accounting-for-transparency.de)  
[www.gbpanel.org](http://www.gbpanel.org)

Wird Ihr Unternehmen durch den Israel-USA-Iran Krieg finanziell belastet?

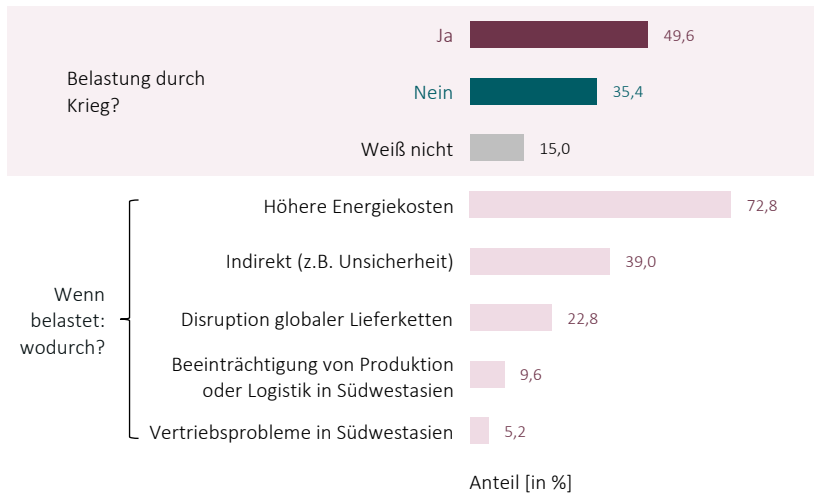
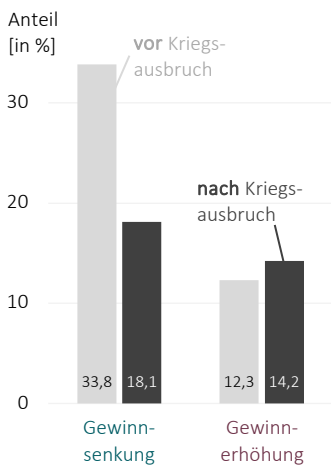


Abbildung 2

## Inwieweit sind Unternehmen in Deutschland durch den Krieg in Nahost betroffen?

Die Abbildung zeigt, ob Unternehmen in Deutschland infolge des Krieges im Nahen Osten finanzielle Belastungen erwarten – und um welche Arten von Belastungen es sich handelt. Insgesamt berichtet knapp die Hälfte der Unternehmen von finanziellen Auswirkungen. Unternehmen erwarten vor allem höhere Energiekosten sowie indirekte Belastungen, etwa durch eine geringere Planungssicherheit. Unmittelbare Beeinträchtigungen von Produktion, Logistik oder Vertrieb in Südwestasien werden dagegen seltener genannt.

Nutzen Sie Ermessensspielräume bei der Gewinnermittlung? Wenn ja, in welche Richtung?



Unterscheidet sich die Nutzung abhängig vom Grad der finanziellen Belastung durch den Irakkrieg?

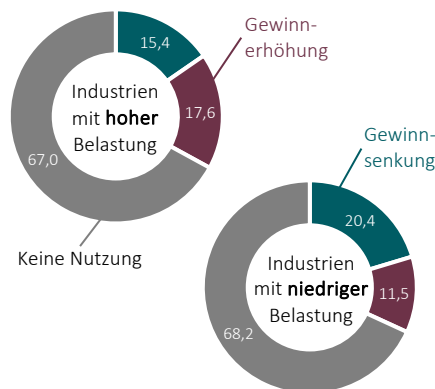


Abbildung 3

## Beeinflusst der Irakkrieg die Nutzung bilanzieller Spielräume zur Ergebnissteuerung?

Die linke Seite der Abbildung zeigt den Anteil der Unternehmen, die infolge des Kriegsbeginns im Nahen Osten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum bilanzielle Wahlrechte zur Ergebnissteuerung ausüben. Es wird dabei unterschieden, ob diese Wahlrechte eine gewinnerhöhende oder gewinnmindernde Wirkung haben. Die rechte Seite differenziert die Nutzung bilanziellen Ermessensspielraums nach Branchen und vergleicht stärker betroffene (z. B. Verarbeitendes Gewerbe und Handel) mit weniger betroffenen Wirtschaftszweigen (z. B. der Dienstleistungssektor).

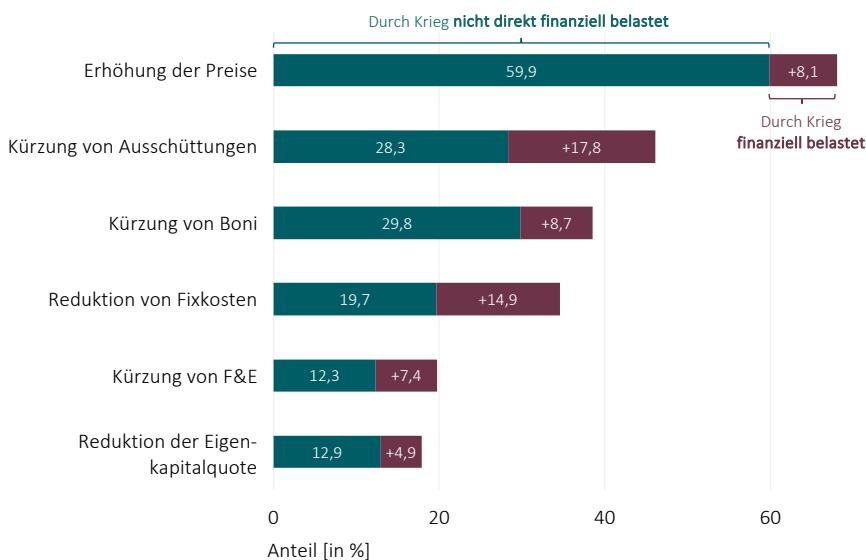


Abbildung 4

## Welche betriebswirtschaftlichen Entscheidungen werden infolge des Irakkriegs getroffen?

Die Abbildung zeigt geplante betriebswirtschaftliche Maßnahmen von Unternehmen in Deutschland infolge des Krieges im Nahen Osten und differenziert danach, ob Unternehmen direkt finanziell betroffen sind. Insgesamt deutet sich ein erheblicher Preis- und Kostendruck an. Insbesondere direkt betroffene Unternehmen passen ihre Planungen häufiger an: Sie berichten vermehrt von Preiserhöhungen sowie von Maßnahmen zur Liquiditätssicherung, etwa durch die Kürzung von Ausschüttungen und Boni oder durch die Senkung von Fixkosten, z.B. Personalabbau.

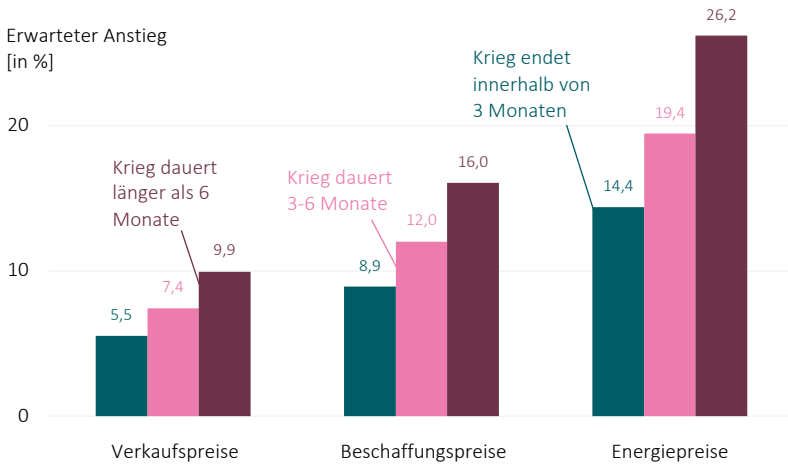


Abbildung 5  
**Welche Preissteigerungen werden in den nächsten zwölf Monaten erwartet?**

Die Darstellung zeigt die erwartete Entwicklung von Verkaufs-, Beschaffungs- und Energiepreisen in Abhängigkeit von der Dauer des Krieges im Nahen Osten. Mit zunehmender Kriegsdauer nehmen die erwarteten Preissteigerungen in allen Kategorien zu. Sollten die aktuellen Friedensverhandlungen scheitern und der Krieg länger als sechs Monate andauern, rechnen Unternehmen in Deutschland im Durchschnitt mit einem Anstieg ihrer Verkaufspreise um 9,9 % und der Energiepreise um 26,2 %.

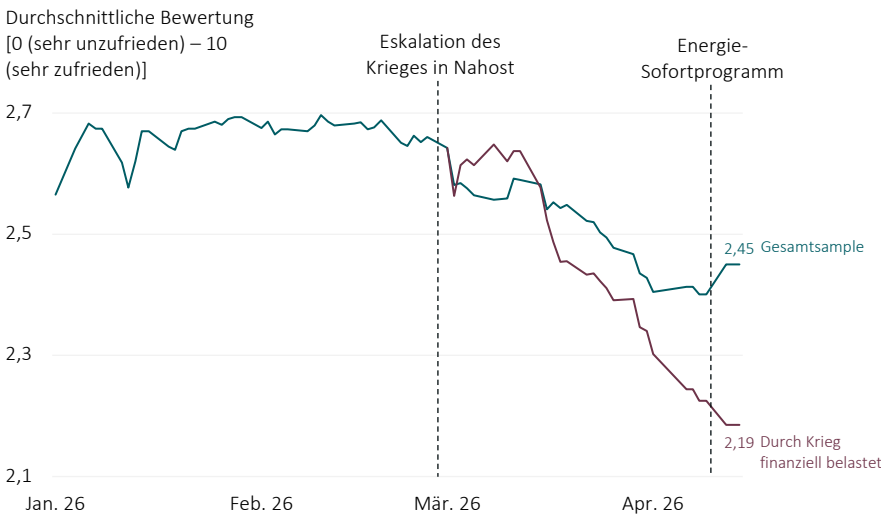
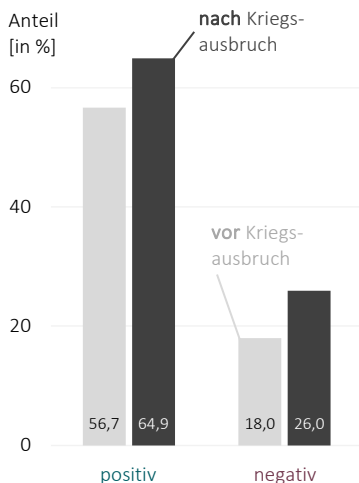


Abbildung 6  
**Wie bewerten die Unternehmen die deutsche Wirtschaftspolitik?**

Die Abbildung zeigt im Zeitverlauf, wie Unternehmensentscheider die deutsche Wirtschaftspolitik auf einer Skala von 0 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) bewerten. Ausgehend von einem bereits niedrigen Niveau vor dem Krieg (2,7 Punkte) ist die Bewertung infolge des Kriegsausbruchs im Iran weiter gesunken. Dies gilt insbesondere für Unternehmen, die direkte finanzielle Belastungen erfahren: In dieser Gruppe liegt die durchschnittliche Bewertung aktuell nur noch bei 2,19 Punkten.

Wie bewerten Sie die Omnibus-Initiative der EU-Kommission zur Reduzierung der Nachhaltigkeitsberichterstattung



Unterscheidet sich die Bewertung abhängig vom Grad der finanziellen Belastung durch den Irankrieg?

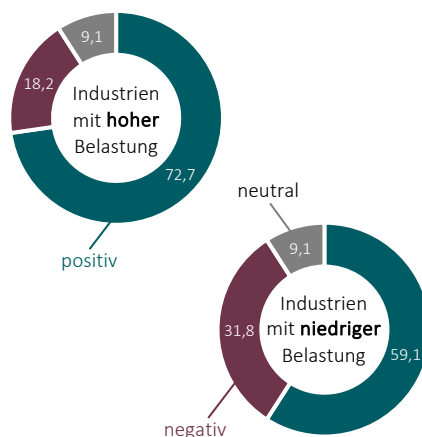


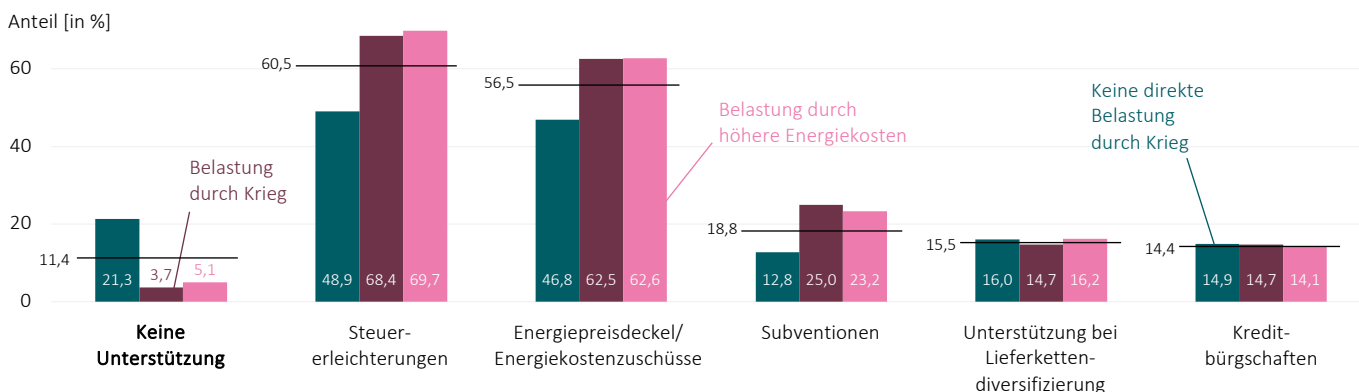
Abbildung 7  
**Hat der Irankrieg Einfluss auf die Bewertung der Omnibus-Initiative?**

Die Abbildung stellt dar, wie Unternehmen in Deutschland die Omnibus-Initiative der EU-Kommission zur Entlastung von Dokumentations- und Berichtspflichten in der Nachhaltigkeitsberichterstattung bewerten. Infolge des Kriegsausbruchs im Nahen Osten zeigt sich eine Polarisierung der Einschätzungen, mit sowohl vermehrt positiven als auch negativen Bewertungen. Der Anteil positiver Bewertungen liegt jedoch deutlich höher und über 50 %. Insbesondere Unternehmen in Industrien mit hoher finanzieller Belastung bewerten die Initiative mehrheitlich positiv (72,7 %).

Abbildung 8

## Welche Erwartungen haben Entscheidungsträger in Unternehmen an die Politik?

Die Darstellung schlüsselt auf, welche Maßnahmen sich Entscheidungsträger in Unternehmen in Deutschland infolge des Kriegsausbruchs im Nahen Osten von der Politik erhoffen. Dabei wird danach differenziert, ob Unternehmen finanziell belastet sind und ob diese Belastung auf höhere Energiekosten zurückzuführen ist. Es wird deutlich, dass Unternehmen neben kurzfristigen Maßnahmen zur Begrenzung ihrer Energiekosten insbesondere strukturelle Maßnahmen zur Reduktion der Steuerbelastung fordern.



### Die Hälfte der Unternehmen berichtet von finanziellen Belastungen infolge des Krieges

Die zunehmende Diskrepanz zwischen Umsatz- und Gewinnerwartungen in **Abbildung 1** deutet auf steigenden Kostendruck hin. **Abbildung 2** konkretisiert die daraus resultierenden Belastungen für Unternehmen in Deutschland infolge des Irankriegs. Rund die Hälfte der Unternehmen (49,6 %) berichtet von finanziellen Belastungen, während ein erheblicher Anteil (15,0 %) die Auswirkungen derzeit noch nicht einschätzen kann.

Die hohe Unsicherheit zeigt sich auch in der Struktur der Belastungen. Neben erhöhter Planungsunsicherheit, die 39,0 % der betroffenen Unternehmen nennen, sind vor allem gestiegene Energiekosten die zentrale Ursache (72,8 %). Auch Lieferkettenstörungen spielen eine Rolle (22,8 %), während direkte Beeinträchtigungen von Produktion, Logistik oder Vertrieb in Südwestasien mit unter 10 % vergleichsweise selten genannt werden.

### Unternehmen nutzen bilanziellen Spielraum in der Krise seltener gewinnmindernd

Die finanziellen Belastungen gehen mit einer Aufzehrung stiller Reserven der Unternehmen in Deutschland einher. **Abbildung 3** veranschaulicht diesen Effekt. Sie zeigt, dass Unternehmen vor Ausbruch des Krieges regelmäßig Bilanzpolitik, d. h. Ermessensspielräume in der Gewinnermittlung, genutzt haben, um stille Reserven aufzubauen. In der aktuellen Marktsituation ist dies jedoch nur noch eingeschränkt möglich, was sich in einem Rückgang der Nutzung gewinnmindernder Bilanzpolitik von 33,8 % der Unternehmen vor dem Krieg auf 18,1 % nach Kriegsausbruch widerspiegelt.

Dieser Trend zeigt sich vor allem in Wirtschaftszweigen mit hoher Belastung, etwa im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel. Gleichzeitig ist in diesen Branchen infolge des Krieges eine verstärkte Nutzung gewinnerhöhender Bilanzpolitik zu beobachten (17,6 % der Unternehmen).

### Preis- und Kostendruck führt zu realen betrieblichen Anpassungen

Während somit Bewertungsreserven abgebaut werden, führen die finanziellen Belastungen infolge des Irankriegs auch zu realen betrieblichen Anpassungen. **Abbildung 4** verdeutlicht den zunehmenden Preis- und Kostendruck in der deutschen Wirtschaft nach Kriegsausbruch, der insbesondere direkt finanziell belastete Unternehmen betrifft. Unter diesen planen aktuell 68,0 % Preiserhöhungen in den kommenden zwölf Monaten.

Zugleich setzen sie vermehrt auf liquiditätssichernde Maßnahmen: 46,1 % beabsichtigen, Ausschüttungen zu kürzen, 38,5 % planen Einschnitte bei Boni, und 34,6 % wollen ihre Fixkosten reduzieren, etwa durch Entlassungen. Zudem erwägen 19,7 % Kürzungen bei Forschung und Entwicklung, was den langfristigen Unternehmenserfolg zugunsten kurzfristiger Liquiditätssicherung beeinträchtigen könnte.

### Preisanstiege hängen von der Kriegsdauer ab

**Abbildung 5** zeigt, dass die erwarteten Preissteigerungen maßgeblich von der weiteren Dauer des Krieges und den damit verbundenen Einschränkungen der internationalen Schifffahrt abhängen. Sie differenziert die erwarteten Anstiege von Verkaufs-, Beschaffungs- und Energiepreisen danach, ob der Konflikt innerhalb von drei Monaten, innerhalb eines halben Jahres oder erst nach mehr als sechs Monaten endet. Mit zunehmender Kriegsdauer steigen auch die erwarteten Preissteigerungen deutlich an. Bei einem kurzfristigen Konflikt von unter drei Monaten rechnen Unternehmen im Durchschnitt mit einem Anstieg der Verkaufspreise um 5,5 %. Dauert der Krieg länger als sechs Monate, erhöht sich dieser Wert auf 9,9 % (im selben Szenario: Beschaffungspreise +16,0 %, Energiepreise +26,2 %). Dies unterstreicht die wirtschaftliche Bedeutung der aktuellen Friedensverhandlungen.

## Schlechte Bewertung der Wirtschaftspolitik trübt sich weiter ein

Mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage steigt zugleich der Handlungsdruck für politische Entscheidungsträger in Deutschland. **Abbildung 6** zeigt die ausgeprägte Unzufriedenheit der Unternehmen mit der deutschen Wirtschaftspolitik. Auf einer Skala von 0 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) lag die durchschnittliche Bewertung bereits vor dem Krieg bei nur 2,7 Punkten. Seitdem hat sich die Einschätzung weiter verschlechtert, insbesondere bei vom Krieg direkt belasteten Unternehmen: In dieser Gruppe liegt die Bewertung aktuell bei lediglich 2,2 Punkten.

## Entlastungsmaßnahmen bei Berichtspflichten werden zunehmend positiv bewertet

Was erwarten die Unternehmen angesichts dieser Lage von der Politik? **Abbildung 7** zeigt am Beispiel der Omnibus-Initiative zur Reduzierung von Berichts- und Dokumentationspflichten im Bereich der Nachhaltigkeit, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen Zustimmung finden. Der Anteil positiver Bewertungen ist hier nach dem Kriegsausbruch gestiegen (von 56,7 % auf 64,9 %). Dieser Anstieg wird vor allem von besonders betroffenen Industrien getragen, in denen die EU-Initiative zu 72,7 % positiv bewertet wird, und zeigt, dass nicht nur kurzfristige Energiehilfen, sondern auch strukturelle Entlastungen bei Bürokratie und Berichtspflichten erwartet werden.

## Aktuelle Unternehmenstrends im Überblick



Weitere Kennzahlen finden Sie hier:

- [1. Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen](#)
- [2. Unternehmerische Entscheidungen](#)
- [3. Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche](#)
- [4. Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik](#)

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.

## Unternehmen fordern kurzfristige Entlastungen und strukturelle Verbesserungen

Mit dem Energie-Sofortprogramm hat die Bundesregierung am 13. April eine Maßnahme eingeleitet, die die gestiegenen Kraftstoffpreise abfedern soll. Diese greift jedoch nur teilweise die Forderungen der Unternehmen auf. Eine Mehrheit wünscht sich kurzfristig eine umfassendere Deckelung ihrer Energiekosten und nicht nur der Kraftstoffpreise (56,5 %) sowie langfristig eine Verbesserung der Standortbedingungen, insbesondere durch Steuersenkungen (60,5 %). Der Wunsch nach politischer Unterstützung reicht dabei über unmittelbar belastete Unternehmen hinaus: Auch unter nicht direkt belasteten Unternehmen fordern 78,7 % zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen.

„Gegen die Inflation wird zu wenig unternommen. Die Bürger haben immer weniger Kaufkraft, was unser Geschäft enorm belastet. Derweil steigen unsere Lohnnebenkosten so stark, dass wir uns keine Mitarbeiter mehr leisten können.“

*Einzelhändler; 500k EUR Jahresumsatz*

„In Krisenzeiten wie COVID oder im Irankrieg wird der Verbraucherschutz vollständig auf die Unternehmen abgewälzt. Wir müssen bei einer Reisewarnung 100 % der Reisekosten erstatten, sodass unsere Arbeit der vergangenen Monate unbezahlt bleibt.“

*Reisebüro; 1,3 Mio. EUR Jahresumsatz*

Aufgrund eines Aufwärtstrends zu Jahresbeginn steigt die erwartete Gewinnveränderung im ersten Quartal 2026 relativ zum Vorquartal um +1,06 Prozentpunkte. Wegen des Krieges in Nahost ist die Gewinnerwartung allerdings gerade zuletzt stark gesunken und liegt aktuell auf Schrumpfungskurs.

Gleichzeitig sinkt die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit im ersten Quartal 2026 um -0,31 Prozentpunkte. Auch hier hat sich dieser Trend aufgrund des Irankriegs neuerlich umgekehrt.

Die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik stagniert über das gesamte erste Quartal 2026 gesehen auf niedrigem Niveau (+0,06 Punkte). Nach Kriegsausbruch in Nahost ist hier allerdings ein Abwärtstrend zu verzeichnen. Auf einer Skala von 0 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) liegt der Wert aktuell deutlich unter 3 Punkten.



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR  
TRANSPARENCY

German Business Panel

Gefördert durch



Deutsche  
Forschungsgemeinschaft